

Thomas Höhne

# Finanzbildung als politisches Projekt

Eine kritische Analyse der FDP-Initiative zur finanziellen Bildung

**Kurzfassung der Studie**

*Frankfurt am Main, im Oktober 2024*

## Auf einen Blick

- Die „Initiative Finanzielle Bildung“ von BMF und BMBF zielt darauf ab, die Bevölkerung zum Investieren in die Finanzmärkte zu bewegen (Aktivierungspolitik).
- Die Initiative ist durch eine parteipolitische Ausrichtung bestimmt, für die Bildung instrumentalisiert wird.
- Offiziell sollen armutsbetroffene, ‚vulnerable Gruppen‘ erreicht werden, tatsächlich adressiert werden aber Wohlhabende.
- Menschen, die nicht investieren können, wird die Verantwortung für ihre Situation tendenziell selbst zugeschrieben.
- Derzeit steuert das BMF die Initiative top-down, eine angemessene Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure ist nicht zu erkennen.
- Auf der Finanzbildungsplattform dominieren reine Informationsangebote ohne Bildungsfunktion.

## Allgemeiner Kontext zur Studie

Im Frühjahr 2023 hat Bundesfinanzminister Christian Lindner gemeinsam mit Bundesbildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger die „Initiative Finanzielle Bildung“ vorgestellt. Laut eines Eckpunktepapiers ist die Initiative mit der Vorstellung verbunden, durch finanzielle Bildung die Investitionsbereitschaft der Bevölkerung am Finanzmarkt voranzutreiben und damit auch zur Finanzmarktstabilität beizutragen. So soll in Kooperation mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine nationale Finanzbildungsstrategie entwickelt und umgesetzt werden. Eine zentrale ‚Finanzbildungsplattform‘, die vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) verantwortet wird, soll Angebote im Bereich der finanziellen Bildung bündeln, während die Förderung der Forschung dazu dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorbehalten bleibt. Die OECD treibt seit Jahren die Implementierung nationaler Finanzbildungsstrategien im Sinne einer Stärkung der Investi-

tionsbereitschaft voran. Nicht zuletzt finanziell wenig abgesicherte ‚vulnerable Gruppen‘ sollen durch den Erwerb von Finanzbildungskompetenzen verstärkt an private Vorsorge- und Investitionsstrategien herangeführt werden, was den von der FDP vertretenen Vorstellungen von Eigenverantwortung und privater finanzmarktbasierter Vorsorge entspricht. Insofern überrascht es nicht, dass zwei Minister\*innen dieser Partei die Strategie der OECD adaptieren und diese als starken Partner mit ‚ins Boot holen‘, um die eigenen Vorhaben zu legitimieren.

Bemerkenswert ist, dass die von den GRÜNEN geführten Ministerien für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) nicht beteiligt sind, obwohl auch sie einschlägige Materialien zum Thema anbieten.

### **Methode**

Die Studie nutzt einen Mixed-Method-Ansatz: Mit einer Policyanalyse werden die Vorgeschichte, die Art der Problemkonstruktion sowie die einzelnen Stationen der Finanzbildungsinitiative rekonstruiert. Die teilnehmende Beobachtung der Konferenz „Finanzielle Bildung für das Leben“ im Dezember 2023 ermöglicht die Analyse ausgewählter Protagonist\*innen, der Choreografie, der Gestaltung des Raumes sowie der eingesetzten Medien und Konferenzformate (Workshops, Plenum usw.). Damit kann unter anderem die Neutralisierung kritischer Stimmen in der offiziellen Darstellung nachgezeichnet werden. Zudem werden sechs Expert\*innen-Interviews geführt und kritische Binnenperspektiven auf

die Initiative aus Teilnehmer\*innensicht diskursanalytisch rekonstruiert. Die auf der ‚Finanzbildungsplattform‘ *mitgeldundverstand.de* zur Verfügung gestellten Materialien werden gesichtet, bildungstheoretisch reflektiert und exemplarisch mittels Diskursanalyse analysiert. So können zentrale Akteure, Diskurse, Konfliktlinien und Ambivalenzen identifiziert sowie die pädagogische Qualität der Initiative bewertet werden.

### **Ergebnisse**

#### **Einseitiger Fokus, fehlendes Bildungskonzept**

Die Initiative der beiden FDP-Ministerien rückt ausschließlich die finanzielle Bildung in den Vordergrund und ignoriert, dass sie Teil des sehr viel breiteren Feldes der ökonomischen Bildung ist. Diese Verengung wird mit der fehlenden nationalen Finanzbildungsstrategie legitimiert und damit, dass die Angebote zur finanziellen Bildung in Deutschland bisher noch nicht ausreichend und zu unübersichtlich seien. Hier soll die vom BMF organisierte ‚Finanzbildungsplattform‘ Abhilfe schaffen. Die bisherigen Angebote sind aber weder systematisch geordnet noch lässt sich ein durchdachtes Bildungskonzept erkennen.

Vielmehr werden schon bestehende staatliche Informationsangebote ohne didaktisches Konzept als Bildungsmaterialien präsentiert, darunter auch eine Reihe von Erklärvideos, die das Finanzministerium selbst unter dem Label #Finanzisch produziert. Ein Erklärvideo mit der FDP-Position zur Notwendigkeit der Schuldenbremse erscheint nun als Bildungsmaterial, ohne dass kontroverse

Positionen im Sinne des Beutelsbacher Konsens thematisiert werden. Auch ist derzeit noch nicht geklärt, wie Materialien von zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren auf der Plattform angeboten und zugänglich gemacht werden sollen. Bisher sind weder eine didaktische Systematik der präsentierten Inhalte noch entsprechende Qualitätskriterien zur Einbindung weiterer Materialien erkennbar.

### **Top-Down-Strategie mit eindeutigem Ziel**

Auffällig ist, dass die beiden Bundesministerien mit ihrer Initiative top-down in die historisch gewachsene Struktur des Feldes der finanziellen Bildung und seiner zivilgesellschaftlichen Akteure intervenieren, ohne dass diese angemessen mit ihren Angeboten, ihrem Erfahrungswissen und Konzepten berücksichtigt werden. Dies ist bemerkenswert, da das Feld eine große Vielfalt unterschiedlicher Akteursgruppen aufweist: a) zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Verbraucher- und Schuldnerberatung oder gemeinnützige Stiftungen und Vereine, b) privatwirtschaftliche Interessengruppen und Verbände, c) wissenschaftliche Akteure, d) klassische Bildungsmedienverlage sowie neuerdings e) Influencer\*innen, die vor allem auch wirtschaftliche Interessen haben. Insbesondere die unabhängigen zivilgesellschaftlichen Akteure befürchten durch die Initiative eine Abwertung ihrer Angebote gegenüber den kommerziellen Akteuren und privaten Anbietern. Auch besteht die Sorge, dass die ‚Finanzbildungsplattform‘ zukünftig eine Art Gatekeeping-Funktion einnehmen könnte, die definiert, was legitime Finanzbildung ist und was nicht.

Der Entwicklungsprozess der Finanzbildungsinitiative zeigt eine schrittweise Verengung und Schließung auf wenige ausgewählte Mitspieler und eine einzige Perspektive – mehr individuell in Aktien zu investieren, um Altersarmut und ökonomischer Unsicherheit vorzubeugen.

### **Der wirtschaftspolitische Kern der Finanzbildungsinitiative**

Die für die Studie interviewten Expert\*innen betonen die fragwürdige parteipolitische Ausrichtung der „Initiative Finanzielle Bildung“. Diese ist unter anderem daran erkennbar, dass das BMF die Federführung bei der ‚Finanzbildungsplattform‘ hat, während dem BMBF lediglich die Organisation der Forschung vorbehalten bleibt, die aber in keinem erkennbaren Zusammenhang mit der Plattform und den BMF-Aktivitäten steht. Zentraler ist jedoch die Einschätzung, die Initiative instrumentalisieren das Feld der Bildung für eigene wirtschaftspolitische Ziele. Im Fokus steht die Aktivierung der Bürger\*innen für mehr privates Engagement in den Bereichen Altersvorsorge und Investitionsstrategien. Im Sinne liberaler Vorstellungen eines aktivierenden Sozialstaates werden Vermögensaufbau und Rente so zu Themen, für die primär privat und eigenverantwortlich Sorge zu tragen ist, während auf der Ebene der öffentlichen Haushalte rigide Sparpolitik zu einer Tugend an sich erklärt wird. Entsprechend eng verzahnt ist die Finanzbildungsinitiative mit dem FDP-Projekt der Aktienrente beziehungsweise dem als Kompromiss in der Ampelregierung umgesetzten Generationenkapital: Stößt die Aktienrente als politische Maßnahme auf das Problem des konservativen Sparverhaltens der deutschen Bevölkerung, so zielt die Bildungs-

initiative auf eine entsprechende Verhaltens- und Einstellungsverhaltensänderung.

### **Stereotype Darstellungen ‚vulnerabler Gruppen‘**

Bezüglich der Zielgruppen der Initiative ist eine Ausrichtung auf finanzstarke Gruppen zu erkennen. Zugleich wird offiziell politisch betont, besonders ‚vulnerable Gruppen‘ erreichen zu wollen. Diese werden stereotyp als homogene Problemgruppen konstruiert und gleichzeitig wird ihnen die Verantwortung für ihre Situation zugeschrieben. Mit der Unterstellung, ihnen fehle entscheidendes Wissen über Finanzmärkte und Anlageformen, wird die Notwendigkeit verstärkter Finanzbildung weiter legitimiert. Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Bedingungen prekärer Lebenssituationen als strukturelles politisches Problem ausgeblendet.

### **Fazit**

Die Studie zeigt, mit welcher Macht im Rahmen der „Initiative Finanzielle Bildung“ letztlich das Leitbild des Homo oeconomicus (aktivierungs-) politisch durchgesetzt werden soll – mit all den erwähnten fragwürdigen und negativen Effekten: Exklusive parteipolitische Deutungshoheit im Feld der Finanzbildung, Marginalisierung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure und Angebote, eine Kommerzialisierung von Finanzbildungsangeboten einschließlich der damit verbundenen lobbypolitischen Bedeutung, die Instrumentalisierung von Bildung und ‚vulnerabler Gruppen‘ für parteipolitische Zwecke sowie die Engführung auf Finanzbildung gegenüber ökonomischer Bildung.

### **Über den Autor**

**Dr. Thomas Höhne** ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den sozialen, politischen und rechtlichen Bedingungen von Bildung und Erziehung.



Er forscht unter anderem zur Ökonomisierung von Bildung, zu Bildungspolitiken und Diskursanalyse sowie zu Zusammenhängen von Macht, Bildung und sozialer Ungleichheit.

Foto: Fern Universität in Hagen/Hardy Welsch

### **Impressum**

#### **Herausgeber:**

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de), [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Veröffentlicht unter CC BY-NC-SA 4.0-Lizenz.



**Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)**